



Industriepolitik in Europa:

Gemeinsam die Transformation der Industrie ermöglichen

Der Wirtschaftsstandort Europa und insbesondere Deutschland verlieren im internationalen Wettbewerb an Attraktivität. DIHK-Umfragen unterstreichen das.¹ Die Unterbrechungen der Lieferketten während der Pandemie sowie die wirtschaftlichen Folgen und Sanktionen des russischen Krieges in der Ukraine haben die Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten und/oder Kunden deutlich aufgezeigt – sowohl für einzelne Unternehmen und Sektoren – als auch für gesamte Volkswirtschaften. Gleichzeitig erfordert die grüne Transformation Investitionen, die viele Industrien in Europa vor große finanzielle Herausforderungen stellen. Die EU-Kommission hat auf beides reagiert – mit Initiativen zur Identifizierung von einseitigen Abhängigkeiten von Handelspartnern sowie zur Förderung von transformativen Technologien. Diese Förderungen sind allerdings oftmals nicht technologieoffen und bleiben somit hinter ihrem Potenzial zurück.

Die EU bezeichnet den Green Deal als ihre neue Wachstumsstrategie. Der Deal beruht jedoch überwiegend auf Regulierung. Um tatsächlich Wachstum zu generieren, muss die Industrie als Partner eingebunden werden. Die Unternehmen benötigen wirtschaftsorientierte Rahmenbedingungen statt kleinteiliger Ge- und Verbote. Vielmehr muss die Möglichkeit gegeben werden, vorgegebene Ziele mithilfe von Innovationen erreichen zu können. Die Grundlage für die Finanzierung solcher Innovationen sind kontinuierliche Erfolge im Kerngeschäft. Denn Innovationen benötigen oftmals eine lange Zeit bis zur Marktreife. Insgesamt braucht die Wirtschaft in Europa daher verbesserte und verlässliche Standortbedingungen: erschwingliche Energie, gute Fachkräfte, schlanke Genehmigungsverfahren, Zugang zu Kapital, wenig Bürokratie, vereinfachte Dokumentationspflichten, (Frei-)Raum für Innovationen – also wettbewerbsfähige Produktionsbedingungen und eine kritische Überprüfung staatlicher Eingriffe in Unternehmen und Märkte.

In den folgenden Impulsen zeigt die DIHK konkrete Maßnahmen auf, die das Wirtschaften in Europa unterstützen sollen. Ziel ist es, eine neue Aufbruchstimmung in und mit der gesamten Wirtschaft zu erzeugen, um den Kraftakt der Transformation erfolgreich zu meistern.

Eine gute Standortpolitik ist die beste Industriepolitik

Die gesamte europäische Industrie leidet unter einer Knappheit vieler Ressourcen, wie z. B. Energie, Fachkräften und Rohstoffen, die für industrielle Produktion in Deutschland und Europa notwendig sind. Politische Initiativen sollten darauf zielen, diese Knappheiten zu beseitigen. Dies aber weniger durch kleinteilige Regulierungen und (Förder-)Vorgaben, welche womöglich die Abwanderung in das außereuropäische Ausland begünstigen. Vielmehr sollte sich Politik auf die Verbesserung der Standortfaktoren für alle Wirtschaftsbereiche konzentrieren.² Klar umrissene und zielgerichtete staatliche Fördermaßnahmen (wie z. B. grenzübergreifende Initiativen, etwa IPCEIs) können dabei sinnvolle Ergänzungen zur allgemeinen Standortpolitik sein – bei begründeten Ausnahmen wie z. B. Marktversagen oder einseitigen kritischen Abhängigkeiten und unter der Voraussetzung, sich mit der Industrie auszutauschen und abzustimmen. Dabei sind Investitionszuschüsse einer Betriebskostenförderung grundsätzlich vorzuziehen.

Industriepolitik nur mit der Praxis – Umsetzbarkeit in kleineren Betrieben immer mitdenken

Die Industriestrukturen und deren Verflechtungen in Europa und in Deutschland sind sehr komplex. Die EU sollte industriepolitische Maßnahmen daher nur im engen und regelmäßigen Austausch mit der Wirtschaft ergreifen und so konzipieren, dass vor allem auch kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) nicht überfordert werden. Das gilt insbesondere für bürokratische Prozesse. Denn diese binden Personal, ohne dass unmittelbar Wertschöpfung stattfindet. Gerade KMU brauchen zudem Verlässlichkeit und Planungssicherheit anstatt diskretionärer Staatseingriffe.

Um weitere Belastungen für den Mittelstand von vornherein zu vermeiden und so die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts zu erhalten, ist eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit KMU und der Breite der Wirtschaft, auch bei Initiativen außerhalb des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens wie bei Delegierten- und Durchführungsrechtsakten, essenziell.

¹ IHK-Energiewende-Barometer 2023; DIHK-Innovationsreport 2023; DIHK-Netzwerk-Industrie-Umfrage 2023; DIHK-Konjunkturumfrage | Jahresbeginn 2024 | Sonderauswertung Auslandsinvestitionen

² Die Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern | DIHK-Positionspapier 2023



Industriepolitik in Europa: Gemeinsam die Transformation der Industrie ermöglichen



Technologieoffenheit wahren, EU-Förderprogramme konsequent vereinfachen

Um die digitale und nachhaltige Transformation in der Breite der Industrie zu unterstützen, sind eine technologie- und branchenoffene Förderung von Innovationen sowie der Transfer von Technologien wichtige Instrumente. Europa und Deutschland brauchen zudem auch disruptive Innovationen – damit einseitige Importabhängigkeiten bei strategisch wichtigen Produkten zukünftig gar nicht erst entstehen. Reallabore und die Erhöhung von Investitionen in Test- und Validierungsinfrastrukturen können die Innovationskraft der Unternehmen in Europa stärken.

DIHK-Befragungen ergeben, dass EU-Förderprogramme nicht bekannt sind oder ihre Antragstellung als zu kompliziert wahrgenommen wird.³ Die EU sollte daher ihr Informationsangebot adressatengerecht aufbereiten und den bürokratischen Aufwand verringern. Hierzu zählt auch das Aufsetzen von standardisierten und digitalisierten Förderprozessen. Dadurch soll einerseits eine Automatisierung der Bearbeitung ermöglicht und andererseits die Antragsstellung erleichtert werden. Zudem kann es helfen, sich regelmäßig mit den Unternehmen über positive und negative Erfahrungen mit EU-Förderprogrammen auszutauschen.

Kreislaufwirtschaft durch europäische Normen, Standards und Digitalisierung hochfahren

Viele Chancen für die gesamte Industrie ergeben sich aus der Transformation hin zu einer branchenübergreifenden Kreislaufwirtschaft und einer nachhaltigen Wertschöpfung. Nicht zuletzt kann eine verstärkte Kreislaufwirtschaft auch zur Versorgungssicherheit bei Rohstoffen und Technologien beitragen. Dies setzt eine starke Forschung, Transferstrukturen und Wertschöpfungsnetzwerke voraus. Um zirkuläre Geschäftsmodelle zu fördern, sollte die EU mithilfe der Wirtschaft Normen und Standards entwickeln oder ggf. anpassen, die Rechtssicherheit gewährleisten, Bürokratie verhindern und Märkte erzeugen. Bspw. kann ein Markt für hochwertige sekundäre Rohstoffe mit europaweit vergleichbaren Qualitätsstandards geschaffen werden.

Eine bedeutende Rolle in der Kreislaufwirtschaft spielen zudem digitale Lösungen. Der digitale Produktpass etwa bietet großes Potenzial als zentrales Instrument. Dies bedeutet jedoch nicht nur Prozesse zu digitalisieren, son-

dern u. a. auch einheitliche Prozess-, Stammdaten- und Verwaltungsanforderungen zu schaffen. Zurzeit sind jedoch viele praktische Fragen in Bezug auf den Produktpass noch ungeklärt. Die EU muss daher bei der Umsetzung besonders auf die Durchführbarkeit achten – gerade aus der Perspektive der KMU gilt es, zusätzliche Bürokratie zu vermeiden, Datenschutz zu gewährleisten und Industriespionage vorzubeugen.

Unternehmen Freiraum lassen – Eingriffe nur in Ausnahmen

Für eine erfolgreiche Transformation bedarf es eines industriepolitischen Rahmens auf der Basis marktwirtschaftlicher Prinzipien, der auf verlässliche Rahmenbedingungen abzielt (horizontale Industriepolitik). Staatliche Eingriffe können marktverzerrende Effekte erzeugen und sollten nur in besonders gut begründeten Ausnahmefällen zum Einsatz kommen. Denn grundsätzlich sind Unternehmen für sich selbst verantwortlich. Sie gestalten ihren Weg zu Nachhaltigkeit oder Resilienz selbstständig durch eigene Diversifizierungsmaßnahmen. Maßnahmen von Seiten des Staates, wie z. B. durch Vorgaben zu Lagerhaltung oder der Diversifizierung von Lieferketten, schießen daher aus Sicht der gewerblichen Wirtschaft über das Ziel hinaus.

Gute Praktiken breit skalieren

Der Plan der EU, kritische einseitige Abhängigkeiten bei Spitzentechnologien und essenziellen Rohstoffen sowie die Risiken bei der Weitergabe von geistigem Eigentum zu analysieren und ggf. zu reduzieren, kann die Versorgungssicherheit der Wirtschaft in der EU erhöhen. Ein Weg zur Verringerung von Abhängigkeiten ist die Erschließung neuer Märkte. Aber auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Forschung und den Technologietransfer sowie der Aufbau von Produktionsstätten für Zukunftstechnologien sind hier ein wichtiger Ansatz.

Im Rahmen einiger EU-Initiativen wie dem Chips Act, dem Net Zero Industry Act (NZIA) und dem Critical Raw Materials Act (CRMA) wurden Maßnahmen zur Erleichterung von Innovationen und zur Straffung von Genehmigungsverfahren geschaffen, die nun skaliert und auf andere Industriezweige ausgeweitet werden sollten. Das ist notwendig, denn andernfalls werden durch die einseitige Unterstützung ausgewählter Zukunftstechnologien andere hoch innovative Branchen oder Technologien übersehen, die in anderen Regionen der Welt entwickelt werden könnten.

³ DIHK-Innovationsreport 2023



Industriepolitik in Europa: Gemeinsam die Transformation der Industrie ermöglichen



Zusammenarbeit europaweit koordinieren – KMU Zugang erleichtern

Entscheiden sich einzelne EU-Mitgliedstaaten für eine Industriepolitik, die sich auf ausgewählte Sektoren konzentriert, ist eine europäische Koordinierung und Bündelung von Ressourcen sinnvoll. Dazu zählen etwa die „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI). Die EU sollte den Erfolg und die Umsetzung der bereits existierenden IPCEIs sowie deren Anforderungen jedoch regelmäßig zusammen mit Vertretern von Unternehmen auch vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen evaluieren. Insbesondere KMU werden durch die sehr hohen bzw. komplizierten Anforderungen oftmals ausgeschlossen.

Beim Erschließen von Ressourcen unterstützen, statt quantitative Ziele vorzugeben

Die gewerbliche Wirtschaft hinterfragt die Festlegung von quantitativen Zielsetzungen und Zielvorgaben für die EU-interne Produktion – wie im Falle des CRMA und des NZIA. Denn die Ausgestaltung von Lieferketten muss grundsätzlich eine unternehmerische Entscheidung in Selbstverantwortung bleiben. Die EU sollte vielmehr die Diversifizierungsmaßnahmen der Betriebe (siehe oben) durch den Abschluss neuer Handelsabkommen und tragfähiger Rohstoffabkommen in Bezug auf die Rahmenbedingungen unterstützen sowie die Erschließung von Ressourcen innerhalb der EU vorantreiben. Dabei ist es wichtig, die Bevölkerung für die Bedeutung von Rohstoffen angesichts der Transformation der Industrie zu sensibilisieren.

Auch hier sollte die EU den Dialog mit Vertretern aus der Breite der Wirtschaft suchen und gemeinsam abwägen, bevor konkrete Maßnahmen zur Unterstützung vorgeschlagen werden.

Wohlstand und Souveränität braucht Industrie

Die Industrie in Europa und insbesondere der industrielle Mittelstand in Deutschland sind ein zentrales Glied der Wertschöpfungsketten und bedeutender Arbeitgeber und Ausbilder. Zudem ist die Industrie Vorreiter beim Einsatz von Klima- und Umwelttechnologien und ein Treiber von Forschung und Innovation. Die Industrie sowie ihre Hersteller, Zulieferer und Dienstleister tragen maßgeblich zum Erhalt von Wohlstand, Souveränität und zum Erreichen der Klimaziele auch auf europäischer Ebene bei. Diese zentrale Rolle gilt es zu betonen und auch die Gesellschaft dafür zu sensibilisieren.

Brüssel, Stand: 29. Mai 2024

Ansprechpartner mit Kontaktdaten

Dr. Susanne Gewinnus

Referatsleiterin Industrie und Forschung
030/20308-2213
gewinnus.susanne@dihk.de

Thorben Petri

Referatsleiter Europäische Wirtschaftspolitik
+32 2 286-1661
petri.thorben@dihk.de